

Konstanzer Politikwissenschaftlerin Nathalie Behnke über die verfehlte Sozialpolitik der neuen GroKo

Die Konstanzer Politikwissenschaftlerin Nathalie Behnke wirft im SÜDKURIER-Interview der neuen Regierung vor, keinen Ehrgeiz für strukturelle Reformen unseres Sozialsystems zu haben. Dabei wäre jetzt aus ihrer Sicht Geld für Veränderungen vorhanden.



Frau Behnke, wie gerecht geht es derzeit in Deutschland zu?

Wir haben eine starke Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland. In den letzten 30 Jahren hat diese Ungleichheit zugenommen. Leider wird

die Ungleichheit im politischen Diskurs oft kleingeredet. Zu behaupten, wie hätten kein Ungleichheitsproblem in Deutschland, finde ich zynisch.

Wo sehen Sie das Hauptproblem?

Wir haben ein Problem am unteren Ende der Skala. Das Hauptproblem ist, dass Armut von Generation von Generation vererbt wird. Auch im Bereich der Bildungsgerechtigkeit haben wir uns weit von unseren Idealen entfernt. Besonders armutsgefährdet sind alleinerziehende Mütter. Leider wird da nicht systematisch gegengesteuert. Wir haben auch am oberen Ende der Skala ein Problem, da Einkommen und Gehälter der reichsten Gesellschaftsmitglieder in den vergangenen Jahrzehnten schneller gestiegen sind als je zuvor, so dass immer weniger Menschen einen immer größeren Teil des gesellschaftlichen Vermögens besitzen.

Tut die Große Koalition genug, um diese Mängel zu beseitigen?

Nein. Wir haben im Moment aufgrund der hohen Steuereinnahmen und der niedrigen Zinsen ein Finanzpolster, wie wir es seit Jahrzehnten nicht hatten. Die kommende Regierung geht mit einem unglaublichen finanziellen Handlungsspielraum in die Legislaturperiode. Zudem haben sie in beiden Kammern die Mehrheit. Insofern wäre jetzt die goldene Gelegenheit für große Reformen unserer Sozialsysteme. Stattdessen verzettelt sich die Koalition in wenig sinnvolle Geschenke wie die Aufstockung des Kindergelds oder der Renten um wenige Euro. Die strukturellen Probleme bleiben so ungelöst. Unsere Sozialsysteme wurden in der Nachkriegszeit erschaffen und müssen nun auf den demografischen Wandel und auf niedrigere Raten beim Wirtschaftswachstum getrimmt werden. Dafür braucht man eine langfristige Vision. Aber leider hat die Politik Angst vor Stimmenverlusten und fasst deshalb keine großen Reformprojekte an.

Dann lassen Sie uns konkret über Reformen sprechen. Wie lässt sich die Schieflage des Rentensystems korrigieren?

Das aktuelle System basiert auf drei Säulen, der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Alle drei Säulen sind problematisch. Die Stärkung der privaten Altersvorsorge, die im Rahmen von Schröders Agenda 2010 mit der Riester- und der Rürup-Rente eingeführt wurde, hat nicht die erhofften Erfolge erbracht. Sie findet viel zu wenig Verbreitung, da die meisten Leute doch nicht auf die private Vorsorge setzen. Auch erbringt sie momentan aufgrund der Niedrigzinsphase für Versicherer und Versicherte sehr geringe Rendite. Trotzdem kommt sie den Staat aufgrund der hohen

Zuschüsse und Subventionen teuer zu stehen. Daher sollte man überlegen, ob nicht der Staat selbst als Anbieter einer privaten Rentenversicherung auftritt, um die Risiken zu reduzieren und eine breitere Bevölkerungsschicht anzusprechen. Die gesetzliche Rentenversicherung wird wegen des demografischen Wandels schwer finanzierbar. Entweder müssen die Auszahlungen sinken oder die Beiträge oder der staatliche Zuschuss steigen. Hierbei muss man aufpassen, dass man nicht die junge gegen die alte Generation ausspielt. Die betriebliche Vorsorge schließlich ist zu wenig ausgebaut und müsste ebenfalls weiter gestärkt werden.

Brauchen wir niedrigere Steuern?

Nicht unbedingt. Die Steuern sind – mit Ausnahme der Mehrwertsteuer – seit den 80er-Jahren nicht mehr gestiegen. Und die Mehrwertsteuer trifft vor allem Menschen mit niedrigeren Einkommen, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens in den Konsum stecken. Steuererhöhungen sind für viele ein Tabu. Aber es gibt auch Steuern, die man erhöhen könnte, ohne das Wirtschaftswachstum abzuwürgen, beispielsweise die Kapitalertragsteuer. Wir brauchen Umverteilung, um Menschen in den Stand zu befähigen, Leistung überhaupt zu erbringen. Deshalb sollte man Sozialpolitik nicht mit dem Verweis auf Leistungsgerechtigkeit abwürgen.

Würde eine Bürgerversicherung unsere Probleme im Gesundheitssektor lösen?

Zumindest die offensichtlichsten systembedingten Probleme könnten dadurch gelöst werden. Die Bürgerversicherung würde die Zweiteilung im Gesundheitssystem zwischen privat und gesetzlich versicherten auflösen und alle Bürger in einer Pflichtversicherung versammeln. Dadurch, dass alle Bürger einschließlich der Gutverdiener in die Bürgerversicherung einzahlen, wäre die finanzielle Basis dieses Systems breiter als heute. Wer will, kann dann immer noch eine private Zusatzversicherung abschließen. Dieses System wäre nicht nur gerechter, sondern auch ökonomisch effizienter.

Würde ein bedingungsloses Grundeinkommen mehr Gerechtigkeit in unser Sozialsystem bringen? Und hat dieses Konzept überhaupt eine Chance auf eine Umsetzung?

Die Politiker verfolgen dieses Projekt nicht ernsthaft, weil man die Kosten scheut. Wenn jeder Einwohner ein bedingungsloses Grundeinkommen von 500 Euro erhielte, wären das 6000 Euro pro Jahr und Bürger. Bei 81 Millionen Bürgern kommen wir so auf Kosten von fast 500 Milliarden Euro. Unabhängig von der Finanzierungsfrage hat die Idee aber ihren Charme. Wenn ich alle Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Wohngeld oder

Kindergeld in einem Grundeinkommen bündele, lassen sich diese Kosten schonmal einsparen. Außerdem würde man Verwaltungskosten sparen. Man müsste nicht mehr aufwendig die Bedürftigkeit der Empfänger prüfen. Dadurch würde die Finanzierungslücke schon kleiner. Zudem würde ein Grundeinkommen die gesellschaftliche Solidarität stärken. Ich glaube aber, dass das bedingungslose Grundeinkommen keine Chance auf eine Umsetzung hat. Wenn die Politik sich schon nicht an die Bürgerversicherung und an eine Reform des Rentensystems wagt, dann wird das Grundeinkommen erst recht nicht umgesetzt.

Von welchen Ländern kann Deutschland in der Sozialpolitik lernen?

Mein persönliches Vorbild ist Schottland. Die Schotten versuchen, eine offene Gesellschaft zu schaffen, in der jeder seine Lebensentwürfe verwirklichen kann. Den Schotten schwebt eine solidarische Gesellschaft innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems vor. Ihr Vorbild sind wiederum die skandinavischen Länder wie Dänemark, deren Wohlfahrtsstaatsmodell mittlerweile allerdings etwas verstaubt ist. Schottland könne also zu einer Art Dänemark 2.0 werden. Leider haben die Schotten durch die Abhängigkeit von der Zentralregierung in London nur einen begrenzten Umsetzungsspielraum. Ich hoffe, dass sie eines Tages unabhängig werden. Man muss aber auch sehen, dass Länder wie Schottland, die Schweiz, Dänemark oder Schweden nur einen Bruchteil der Bevölkerung Deutschlands haben. In kleinen Ländern sind große Reformen einfacher. Deutschland ist ein großer Tanker auf hoher See und schon allein deshalb nicht ganz so wendig.

Und welches Land ist für Sie ein Negativbeispiel?

Ein abschreckendes Beispiel ist für mich die USA. Die deutsche Gesellschaft kann einen Ruck Richtung Rechtspopulismus und Neo-Liberalismus verkraften, so lange die Chance besteht, dass das Pendel irgendwann wieder umschwingt. Unsere Gesellschaft ist sehr gut auf einen demokratischen Kompromiss gepolt. Dagegen herrscht in den USA ein unversöhnliches Freund-Feind-Denken vor. Wenn die Einführung einer minimalen staatlichen Krankenversicherung wie Obamacare schon als Kommunismus gebrandmarkt wird, dann läuft etwas schief. Das Denken in den USA ist ideologisch verbohrt und die Gegensätze unüberbrückbar. Am Beispiel der USA sieht man, was mit einer Gesellschaft passiert, die ihren sozialen Zusammenhalt verloren hat.

Fragen: Thomas Domjahn

Zur Person

Nathalie Behnke, 44 Jahre, ist seit 2010 Professorin für Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz. Nach dem Abitur in Ettlingen studierte sie Politikwissenschaft in Bamberg und Bologna. Während des Studiums war sie Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Ihre Promotion an der Fernuni Hagen verfasste sie zum Thema „Ethik in Politik und Verwaltung“. Zu ihren wichtigsten Werken zählt das Lehrbuch "Grundlagen der statistischen Datenanalyse: Eine Einführung für Politikwissenschaftler". Ihr aktueller Schwerpunkt in Forschung und Lehre ist die Verwaltung in föderalen Systemen. (td)